

**GRÜN IST  
eine Stadt der Solidarität  
und des Respekts**

## **Grün ist: eine Stadt der Solidarität und des Respekts**

Wir GRÜNEN unterscheiden nicht nach Herkunft oder Geschlecht, nicht nach Alter oder Gesundheit oder nach Höhe des Einkommens. Wir richten unsere Programme, Anträge und Konzepte darauf aus, dass wir alle einbinden und mitnehmen. Das bezieht sich u. a. auf die Teilhabe an Sport- und Kulturangeboten, an Veranstaltungen oder Feierlichkeiten und besonders auch auf die Möglichkeit der Mitgestaltung bei Entscheidungen in der Stadt. **Eine Kultur der Solidarität und des Respekts ist die Grundlage grüner Sozialpolitik.**

Nach wie vor leidet Duisburg unter einer hohen Erwerbslosigkeit. Den großen Anteil an verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit aufzulösen, ist misslungen, die Kosten der Armut sind nach wie vor sehr hoch. Das hat zur Folge, dass viele Menschen ausgeschlossen sind und ausgeschlossen werden. **Wir GRÜNEN wollen eine gerechte Stadt.** Eine Stadt, die allen Einwohner\*innen eine soziale Absicherung und gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe ermöglicht.

**Bildung** ist ein Schlüssel dazu, dass alle Menschen in einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt leben können. Auch die Stabilität unserer Demokratie hängt entscheidend von der Qualität des Bildungssystems ab. Deshalb sorgen wir für eine Qualitätsoffensive für die Kitas und ein Update für die Schule, damit diese gut vorbereitet sind auf neue Herausforderungen wie die Digitalisierung. Wir wollen Teamwork und Eigenverantwortung fördern und die Potenziale aller Kinder zur Entfaltung bringen. Wir wollen verhindern, dass die Corona-Krise in unserer Stadt zu einer Bildungskrise wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Bildungsungerechtigkeiten abzubauen, die sich durch die Pandemie verschärft haben. Jedes Kind hat das Recht auf ein digitales Endgerät, um in Zeiten des Fernunterrichts nicht vom Bildungsprozess ausgeschlossen zu werden. Kostenloses Mittagessen und, wo nötig, kostenloses Frühstück müssen zur Verfügung gestellt werden, damit kein Kind mit Hunger in den Unterricht geht. Und nicht zuletzt braucht es ausreichend und modern ausgestattete Schulen und Schulräume, die dem neuen demografischen Wandel und den damit verbundenen Bedarfen einer Gesellschaft gerecht werden, in der Kinder willkommen sind.

Grüne **Gesundheitspolitik** ist ortsnah und bedarfsgerecht ausgerichtet. Deshalb haben wir uns immer für die Stärkung der kommunalen Gesundheitsämter eingesetzt. Nicht nur die Bekämpfung von Krankheiten hat dabei eine hohe

Bedeutung. Eine wichtige Funktion liegt auch in der Prävention, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Die Pandemie hat wie unter einem Brennglas verdeutlicht, dass teilweise nur durch ehrenamtliches Engagement die Lücken zur Sicherung des Existenzminimums geschlossen werden können. Sicherlich sind eigentlich Bund und Land stärker in der Pflicht, die Gerechtigkeitslücken zu füllen und damit die Kommunen wie Duisburg von den hohen Soziallasten zu befreien. Trotzdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass **Organisationen wie die Tafeln, die Vereine und weitere soziale Organisationen auch kommunal stärker unterstützt** werden.

Deshalb brauchen wir einen **Schutzschirm für die Kommunen**, um die corona-bedingten Einnahmeausfälle zu kompensieren. In Land und Bund setzen wir uns seit langem für einen kommunalen Altschuldenfonds und eine stärkere Übernahme der Unterkunftskosten für Bezieher\*innen von Transferleistungen ein, damit die vom Strukturwandel geprägten Städte und Gemeinden zu neuer Leistungs- und Gestaltungsfähigkeit kommen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Duisburg die bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten in allen Bereichen von Bildung über Suchthilfe bis hin zu Obdachlosenhilfe auch weiter leisten und ausbauen kann. Dazu gehört auch, dass wir bessere Konzepte zur sozialen Weiterentwicklung auf den Weg bringen. Beispielsweise für die **Entwicklung von Quartieren für das Leben im Alter**. Denn wir GRÜNEN beobachten schon lange eine zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich, verbunden mit einer Konzentration von Armut in benachteiligten Stadtquartieren.

## 1. Schulraum schaffen und modernisieren

Guter Schulraum ist in Duisburg knapp. Dies führt zu großen und überfüllten Klassen. Kinder können vielfach nicht die Grundschule an ihrem Wohnort besuchen und müssen über weite Strecken mit dem Schulbus zu ihrer Schule gefahren werden. Schüler\*innen, die sich eine Gesamtschule als weiterführende Schule wünschen, erhalten keinen Platz an ihrer Wunschschule. Viele Schulen sind in einem schlechten Zustand, der mit einem guten Lernklima nicht vereinbar ist. Das wollen wir ändern!

Wir bieten den Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Bildungschancen. Hierzu bauen wir in den kommenden 5 Jahren das Schulraumangebot aus und modernisieren es, indem wir Schulen neu bauen, bestehende Schulen erweitern und auf den neusten Stand bringen. Die Schulen sollen wohnortnah und leicht erreichbar sein. Guter Unterricht in guten Schulen soll für alle Schüler\*innen selbstverständlich werden. Es sollen Klassengrößen erreicht werden, die eine positive Lernumgebung und Lernen jenseits klassischer didaktischer Formate ermöglichen.

In Duisburg fehlen aktuell und auf absehbare Zeit insgesamt zehn Grundschulen. Deswegen

- beginnen wir sofort mit dem Neubau von Grundschulen und **erweitern das Angebot an Grundschulen in den nächsten 5 Jahren um vier Grundschulen**. Wir beginnen mit dem Neubau in den Stadtteilen, in denen die Raumnot besonders hoch ist. Die dauerhafte Nutzung von Containeranlagen als Schulräume lehnen wir ab.
- sollen mindestens zwei weitere Grundschulen in diesem Zeitraum geplant und auf den Weg gebracht werden.
- sollen die bestehenden Grundschulen, die unter Raumnot leiden, schnellstmöglich baulich erweitert und modernisiert werden.
- werden wir die zeitgemäße Nutzung von digitalen Werkzeugen zur Unterstützung des Unterrichtes intensiv vorantreiben. Mit uns gibt es für jede Schule eine einheitliche und geeignete Software für das Lernen und jede\*r Schüler\*in bekommt ein passendes Gerät dafür. Wir fördern die Schüler- und Lehrerkompetenz im digitalen Raum.

Bei den weiterführenden Schulen sind Gesamtschulen und Gymnasien besonders beliebt. In Duisburg fehlen aktuell und auf absehbare Zeit zwei Gesamtschulen. Um dem Wunsch der Eltern nachzukommen, sollen

- **zwei weitere Gesamtschulen in den nächsten 5 Jahren neu gebaut werden.** Wir wollen mit dem Neubau in den Stadtteilen beginnen, in denen die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen besonders hoch ist.
- die **bestehenden Gesamtschulen**, die unter Raumnot leiden, schnellstmöglich baulich **erweitert** werden.

Schulen sind besonders dann stark, wenn sie in Netzwerke im Stadtteil eingebunden sind. Wir wollen mit einer gut aufgestellten kommunalen Bildungsplanung dafür sorgen, dass solche Potenziale gezielt zur Entfaltung gebracht werden. Wir wollen unsere Schulen dabei unterstützen, sich zu Stadtteil- und Familienzentren zu entwickeln.

## 2. Mehr offener Ganzttag

Der offene Ganzttag bietet neben der Betreuungsmöglichkeit von Kindern alleinerziehender Eltern oder berufstätiger Erziehungsberechtigter auch die Möglichkeit, Kompetenzen zu fördern.

Zurzeit liegt der Anteil der Inanspruchnahme für Duisburg bei nur etwas über 30 %. Das geht einher mit Engpässen bei der Versorgung, wie z. B. in Rheinlanden, wo noch immer 100 Kinder keinen OGATA-Platz haben.

Wir GRÜNEN sorgen für

- die Einbindung des Ganztags in Gruppen und in Aktivitäten, die bereits stattfinden. Das fördert die Sprachentwicklung und die Sozialkompetenz, was sich wiederum positiv auf das soziale Umfeld des Kindes auswirkt.
- eine Kooperation zwischen dem offenen Ganzttag und den Jugendverbänden, so dass der offene Ganzttag das vielfältige Angebot der Jugendverbände vor Ort für seine pädagogische Arbeit nutzen kann.
- viele künstlerische, musische und sportliche Angebote. Das trägt auch zur Integration von zugewanderten Schüler\*innen bei und stärkt Kinder mit speziellen Förderbedürfnissen.
- ein gutes, kostenloses und gemeinsames Mittagessen im offenen Ganzttag mit mehr biologisch erzeugten Nahrungsmitteln. Die Einkaufs- und Herstellungskosten für die Stadt sollen dabei in heutiger Höhe bleiben. Das ermöglicht allen Schüler\*innen, gesund und bewusst zu essen, und fördert die soziale Handlungskompetenz.

Wir arbeiten auf eine Erhöhung der Betreuungsquote im offenen Ganztage auf mindestens 65 % bis 2025 hin. Dabei muss die Versorgung in allen Stadtteilen gleichmäßig erfolgen. Die Plätze im „verlässlichen Halbtage“ bzw. der „Schule von acht bis eins“ bleiben zusätzlich bestehen und sollen an allen Grundschulen angeboten werden.

### **3. Starke Kitas, starke Kinder**

Der notwendige Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder heißt, dass wir mehr qualifiziertes pädagogisches Fachpersonal benötigen. Die praxisintegrierte Ausbildung (PIA) zur/zum staatlich geprüften Erzieher\*in ist der beste Weg, Menschen mit einer bereits bestehenden pädagogischen Qualifikation aus- und weiterzubilden, um den hohen Standard in einer Kindertagesstätte zu gewährleisten.

Darüber hinaus werden wir zur Verbesserung der Kita-, Kindertagespflege- und Hort-Landschaft mit folgenden Maßnahmen beitragen:

- Jedes Kind wird wohnortnah untergebracht.
- Qualifiziertes Personal in städtischer sowie freier Trägerschaft wird sozial gerecht entlohnt.
- Verdopplung der Zahl der praxisintegrierten Ausbildungsplätze
- Schnellstmöglicher Ausbau der fehlenden U3-Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf
- Aus- und Neubau von Kitas anstelle der Ausbildung immer neuer Tagespflegekräfte
- Flexible Betreuungszeiten für Eltern im Schichtdienst
- Ausbau der Sprachförderung in Kita und Grundschule
- Beitragsfreiheit für alle bis 2025 und eine kurzfristige Angleichung der Kita-Beitragstabelle an die OGATA-Tabelle vom 1.8.2020

### **4. Mehr Duisburg erleben – die Duisburg-Card**

Wir wollen allen Duisburger\*innen die Möglichkeit geben, die umfangreichen Angebote unserer Stadt erleben zu können. Dazu werden wir GRÜNEN eine Duisburg-Card einführen. Sie ermöglicht allen Duisburger Bürger\*innen einen einfachen und schnellen Zugang zu kulturellen

Einrichtungen und Angeboten, aber auch zu anderen Angeboten der Stadt. Die Karte beinhaltet eine Reduzierungen von Eintrittspreisen für Haushalte mit geringem Einkommen, schafft eine Übersicht über die verschiedenen Möglichkeiten und Angebote, macht den Zugang und die jeweilige Teilnahme ganz einfach und stärkt damit das Wir-Gefühl der Duisburger\*innen. Die Duisburg-Card ist auch ein Schritt hin zu einer digitalen Infrastruktur der Stadt für alle.

Die **Duisburg-Card öffnet Zugänge**, z. B. zu den Bibliotheken und den Museen, zu städtischen Sportstätten oder Konzertangeboten, zu verschiedenen Musikveranstaltungen, zu Theateraufführungen, zur Tafel, zu Führungen, zu Veranstaltungen der Stadt oder zu anderen Veranstaltungen, die sich am Programm beteiligen.

Zu Beginn befindet sich bereits alles auf der Karte, was für die Besitzer\*innen kostenfrei ist. Wir ermöglichen, dass später erworbene zusätzliche Berechtigungen auf die Karte gebucht werden können.

- Für Menschen mit geringem Einkommen soll die Karte **kostenfreien oder günstigeren Zugang zu allem gewähren, was die Stadt Duisburg zu bieten hat**. Der Karte kann von außen nicht angesehen werden, von wem die Berechtigungen erteilt wurden. Die Karte soll diskriminierungsfrei und ohne bürokratischen Aufwand an Berechtigte verteilt werden.
- Durch die Eintragungen auf der Duisburg-Card können Einwohner\*innen leicht sehen, welche Möglichkeiten in Duisburg angeboten werden. Beispielsweise wissen viele Hartz-4-Betroffene nicht, dass sie vergünstigt das Theater besuchen können. Mit der Duisburg-Card muss das nicht mehr extra auf Papier beantragt werden.
- Die Duisburg-Card wird mit der **Duisburg-App** verbunden. Dadurch werden die Informationen über alle Angebote mit den Berechtigungen und den Tickets verknüpft.
- Kinder und Jugendliche können z. B. den Zugang zum Programm Bildung und Teilhabe (BuT) ebenfalls auf ihre Duisburg-Card buchen lassen. Dieser wird so vereinfacht.
- Das Projekt wird im ersten Jahr nach dem Beschluss in einer Basis-Version umgesetzt. Weitere Möglichkeiten kommen Jahr für Jahr hinzu. Dafür braucht es Lesegeräte und Geräte, mit denen Buchungen gemacht werden können.

- Es wird trotzdem einige Jahre dauern, bis die Duisburg-Card in vollem Umfang vorliegt – es handelt sich um ein Projekt, das ständig fortentwickelt werden wird. Veranstalter\*innen, Einzelhändler\*innen, Kultureinrichtungen, Sport- und andere Vereine, städtische Betriebe und Ämter usw., kurzum alle, die etwas in Duisburg anbieten, werden dazu eingebunden.

## **5. Zugang und Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen**

Anfang 2020 beantragten nur 10 % der Berechtigten Unterstützungsleistungen aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz ( BuT). Der Grund dafür sind die hohen bürokratischen Hürden. Wir GRÜNEN möchten allen Kindern und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind, eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Dabei geht es nicht nur um materielle Armut, sondern auch um gesellschaftliche. Zur Teilhabe zählen u. a. die Mitgliedschaft in Sportvereinen, die Teilnahme an Musikunterricht und Ausflügen, die Stadtranderholung sowie Mittagessen, Lernförderung und viele andere Dinge. Wir GRÜNEN organisieren und finanzieren das. Dazu nutzen wir Programme des Landes und des Bundes. Wir setzen weitere Programme zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in Duisburg auf. Doch viele Kinder und Jugendliche wissen nicht, was ihnen entgeht, viele Eltern wollen die Anträge nicht ausfüllen oder können es nicht. Dabei ist es uns wichtig, dass alle Berechtigten die angebotenen Leistungen diskriminierungsfrei nutzen können.

Für Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen gibt es Geld vom Bund, die sogenannten BuT-Mittel (Bildung und Teilhabe). Die Gelder kommen aber nicht einmal zur Hälfte in den Familien an. Wir schaffen Verfahren, um die Kinder zu erkennen, die Bedarf haben. Wir helfen bei den Anträgen. Das Geld aus dem BuT-Paket setzen wir komplett für die Kinder ein.

Wir wollen

- die Bearbeitungszeiten auf maximal 4 Wochen senken.
- die Antragstellung für alle Programme vereinfachen.
- in jeder Schule und Kita verantwortliche Personen benennen und schulen, die Hilfestellungen bei der Antragsstellung und der Koordination mit den Eltern leisten.
- die Familien besser informieren. Dazu soll es neben einer Website eine mehrsprachige Broschüre geben, die an alle verteilt wird.



- Beratung und Hilfe zu den Programmen für Kinder und Jugendliche an allen Orten ermöglichen, an denen die Anträge abgegeben werden müssen.
- die Nutzung der Mittel auf über 90 % steigern.
- einen diskriminierungsfreien Zugang durch Integration in die Duisburg-Card ermöglichen.

## **6. Kommunale Gesundheitspolitik – ortsnah und bedarfsgerecht**

Zur Bekämpfung der Pandemie haben sich die kommunalen Gesundheitsämter als wichtige Einrichtung für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung bewährt. Doch die schlechte Finanzausstattung vieler Kommunen hat dazu geführt, dass die Besetzung offener Stellen bereits vor der Corona-Krise schwieriger geworden ist. Es braucht aber unter dem Eindruck der Pandemie eine dauerhaft verbesserte finanzielle, materielle und personelle Ausstattung der kommunalen Ebene.

Darüber hinaus sollte eine moderne Gesundheitspolitik Gesundheit fördern und nicht nur Krankheiten behandeln. Auch dafür braucht es ausreichend Personal im städtischen Gesundheitsamt.

Spätestens die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig gut ausgestattete Krankenhäuser mit Blick auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sind. Hier darf das Gemeinwohl nicht zugunsten von Investoreninteressen aus dem Blick geraten. Die zunehmende Privatisierung im Gesundheitssektor sehen wir deshalb kritisch, denn eine gute und ortsnahe Krankenhausversorgung ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht einfach dem freien Spiel der Kräfte des Marktes überlassen werden. Wir wollen, dass die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene hier weiterhin maßgeblichen Einfluss hat. Deshalb müssen dort, wo in den letzten Jahren Gestaltungsmöglichkeiten durch Privatisierungen verloren gegangen sind, diese wiedergewonnen werden. Sollte z. B. der im Wesentlichen von Land und Krankenhausträgern ausgehandelte Krankenhausbedarfsplan eine gute Versorgung der Bevölkerung nicht mehr sicherstellen können, werden wir GRÜNEN uns für eine Rückführung einzelner Krankenhäuser in die öffentliche Hand einsetzen.

Wir wollen uns daher einsetzen für

- eine dauerhaft höhere Finanzierung der kommunalen Ebene wie z. B. von Gesundheitsämtern.

- attraktivere Arbeitsplätze in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge inklusive einer besseren Bezahlung.
- den Erhalt und Ausbau von Präventionsprogrammen.
- einen Krankenhausbedarfsplan für Duisburg, der sich an den Bedarfen und Erkenntnissen aus der Corona-Pandemie orientiert.
- die Unterstützung der Mitarbeiter\*innen in sozialen Berufen des Gesundheitswesens.
- einen kommunalen Notfallplan für Krankenhäuser und stationäre Einrichtungen (Material, Personal, Kinderbetreuung, Verpflegung etc.).

## **7. Gute Pflege – stark für Duisburg**

In der momentanen Situation erkennt die Gesellschaft die Pflege als systemrelevant an. Das ist sie jedoch immer schon gewesen und wird es immer sein.

Die professionelle Pflege fußt auf Empathie, das heißt auf der Bereitschaft und Fähigkeit, sich in die Gefühle, Gedanken und die Lage von Menschen hineinversetzen zu können. Nur so können die Pflegenden wirklich für die Menschen da sein.

In der Pflege ist es Arbeitsalltag geworden, unter Stress, mit Unterbesetzung und Überforderung das Möglichste zu leisten. Das bloße „Funktionieren“ hat in der Pflege an vielen Stellen die Oberhand gegenüber qualitativ hochwertiger Versorgung gewonnen. Wir GRÜNEN erkennen, dass die Grundlagen für gute Pflege, also Wertschätzung für die Arbeit der Pflegenden und gute Bezahlung auf kommunaler Ebene, gefördert werden müssen.

Um die Pflege zu verbessern, wollen wir Folgendes umsetzen:

- Wir erstellen einen verbindlichen Pflegebedarfsplan für Duisburg. Dieser Plan ist notwendig für langfristige Planungen von Investor\*innen und von Menschen mit Pflegebedarf. Er ermöglicht zudem eine klare Festlegung von Anforderungen an den Neubau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommune.
- Wir wollen Pflegeeinrichtungen in die Stadtteile integrieren und gute Verbindungen zu den Stadtteilzentren, den soziokulturellen Zentren und den Geschäften einrichten. Wir organisieren moderne Pflege so, dass Menschen, die gepflegt werden, Kontakte und Zugänge haben zu dem, was in Duisburg statt-

findet. Dazu sollen die Pflegeeinrichtungen nicht mehr wie abgeriegelte Einheiten funktionieren. Es soll Möglichkeiten geben, regelmäßig Kontakte in die Einrichtungen und aus ihnen heraus herzustellen.

- Die Pflegeeinrichtungen werden mit uns internationalisiert. Es werden die Sprachen gesprochen, die die Patient\*innen/Bewohner\*innen/Klient\*innen sprechen, und es gibt kulturelle Angebote, die den Interessen der Gepflegten nahekommen. Dem Pflegepersonal wollen wir zudem die Möglichkeit geben, kostenlos Sprachkurse an der VHS zu belegen.
- Zur Unterstützung des ambulanten Pflegepersonals, der Unternehmen in dem Bereich und der pflegenden Familienangehörigen wollen wir eine Vernetzung unterstützen. Wir schaffen gute Beratung für Investor\*innen und Träger\*innen und genug Plätze in der Tagespflege. Das entlastet die Pflegenden, insbesondere auch Familienangehörige, die einen großen Teil der Pflegearbeit leisten.
- Psychosoziale Hilfsvereine bekommen von uns mehr Geld, auch der Zugang zu psychosozialen Anlaufstellen soll verbessert werden. In einer Zeit, in der vieles unsicher ist und viele Menschen psychisch erkranken, wollen wir nicht an den Rand drängen, sondern Zusammenhalt schaffen.

## **8. Streetwork kennt keine Grenzen**

Hilfsbedürftigkeit kennt weder Nationalität, Religion, Alter noch Geschlecht. Deswegen arbeiten Duisburger Streetworker\*innen hart daran, Hilfesuchenden in den unterschiedlichsten Lebenslagen beizustehen. Trotz erfolgreicher Tätigkeit der Streetworker\*innen in Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur, dem Jobcenter und dem Jugendamt klappt die Schere zwischen den Bezirken auseinander. Hamborn und Marxloh bleiben noch immer unterversorgt.

Wir wollen ein bedarfsorientiertes und flächendeckendes Streetworkingnetz. Daher werden wir

- mindestens jeweils drei Streetworker\*innen in jedem Bezirk für den Jugendhilfebereich einsetzen. 16 Streetworker\*innen, verteilt auf sieben Bezirke, sind zu wenig, um allen Anliegen der Hilfesuchenden nachkommen zu können.

- mindestens eine\*n Streetworker\*in in jedem Bezirk für den Suchthilfebereich beschäftigen. Der- bzw. diejenige muss dezentral für die Betroffenen in den Bezirken greifbar sein anstatt in nur einem Stadtteil.
- mindestens eine\*n Streetworker\*in in jedem Bezirk für den Integrationsbereich einstellen. Denn knapp 30 % der Hilfesuchenden, die eine\*n Streetworker\*in in Anspruch nehmen, sind Menschen mit Migrationshintergrund.

Viele Menschen aus Rumänien oder Bulgarien waren zuvor in ihren Herkunftsländern großer Not ausgesetzt. Und auch in Duisburg sind ihre Lebensverhältnisse trotz zahlreicher Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales, Wohnen, Gesundheit und Arbeitsmarktintegration leider nach wie vor äußerst prekär.

- Die projektbezogenen Mittel in Höhe von 350.000 € aus Landesmitteln werden wir für sechs Streetworker\*innen, vier Bildungsbegleitungen und 14 Straßenpat\*innen verwenden, die mit den Communities arbeiten, aus denen sie selbst stammen. Das ist wichtig, um Sprachbarrieren kleinzuhalten und Vertrauen zu schaffen.
- Neben alltäglicher Hilfe sollen die Streetworker\*innen Workshops und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer\*innen, Schüler\*innen und Eltern anbieten. Außerdem wollen wir proaktive Teilnahme an themenbezogenen Fachtagungen, Symposien und Fortbildungen ermöglichen.

Neue Herausforderungen beantworten wir nicht mit Abschottung, sondern mit Hilfe, Weiterentwicklung und Verständigung.

## **9. Suchtkrankheiten: Hilfe leisten statt verdrängen**

Sucht ist Teil jeder Gesellschaft. Wir sind davon überzeugt: Wer Probleme mit Drogen hat, der braucht unsere Hilfe. Kriminalisierung und Verdrängung schaden letztlich allen. Wir setzen uns daher für eine städtische Suchthilfe ein, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Daher wollen wir

- die vorhandenen Einrichtungen der Suchthilfe weiter fördern, die Mittel im Haushalt verstetigen und erhöhen.
- Projekte zur Suchtprävention stärker fördern und ausbauen sowie die Zielgruppe erweitern.
- einen Drogenkonsumraum in der Nähe des Kantparks einrichten. Der Raum soll es Suchtkranken ermöglichen, diskriminierungsfrei zu konsumieren, Zugang zu Essen und Trinken sowie Dusch- und Waschmöglichkeiten bieten.
- den Kantpark dadurch dauerhaft aufwerten, denn die Belastung der Öffentlichkeit durch Konsum auf öffentlichen Plätzen oder das achtlose Wegwerfen gebrauchter Spritzen wird deutlich reduziert.

## **10. Sozialer Wohnungsbau und Mietenpolitik**

Lebensqualität bedeutet auch, dass man frei wählen kann, wo man leben möchte.

Duisburg fehlt es zurzeit nicht an Wohnraum, doch der bestehende wird immer knapper und in vielen Stadtteilen steigen die Mieten. Noch ist es nicht zu spät, die Bremse zu ziehen.

Wir wollen einen Anstieg der Mietpreise dauerhaft unterbinden, indem wir anstreben, 50 % des Wohnraums in die öffentliche Hand zu bringen. Dazu wollen wir

- das Vorkaufsrecht der Kommunen nutzen, um Wohngebäude, die auf den Markt kommen, anzukaufen.
- mithilfe der städtischen Baugesellschaft Gebag zusätzlichen Wohnraum, vor allem im unteren und mittleren Preissegment, schaffen.
- gezielt Möglichkeiten des Ankaufsprogramms des Landes nutzen, um Schrottimmobilien zu kaufen und aufzuwerten.

Um das Wohnen in Duisburg weiter bezahlbar und lebenswert für alle zu machen, wollen wir darüber hinaus

- für jedes Neubaugebiet 30 % sozialen Wohnungsbau festschreiben.
- jedes Neubaugebiet in ein Konzept zur Quartiersentwicklung integrieren.
- einen hohen Anteil barrierefreier Wohnungen in jedem Neubaugebiet schaffen.
- dabei Hilfe leisten, bestehende Wohnungen zu renovieren und zu sanieren.
- die Sanierungsrate auf mindestens 2,5 % anheben.

## **11. Schrottimmobilien aufwerten, Wohnungslosigkeit bekämpfen**

Die Stadt Duisburg war jahrelang Vorreiter bei der Bekämpfung der Wohnungslosigkeit. Doch jetzt sind die entsprechenden Programme bedroht. Zudem kommen Zugewanderte nur schwer an gute Wohnungen und fallen häufig in die Hände von ausbeuterischen Vermieter\*innen, die mit Schrottimmobilien das schnelle Geld verdienen wollen. Häufig werden solche Häuser geräumt, ohne dass es einen Plan für danach gibt: weder für die Menschen noch für die Häuser.

Um diesen Zustand zu beenden, wollen wir

- gute Projekte wie z. B. „108 Häuser für Duisburg“ unabhängig von einer Finanzierungszusage des Landes weiterbetreiben. Die Kosten sollen sich Stadt und Gebag teilen.
- Geflüchtete möglichst schnell in eigene Wohnungen vermitteln.
- eine Wohnberatungsstelle schaffen. Diese Stelle soll mit den Vermieter\*innen kommunizieren, um Wohnungen für eine zügige Vermittlung zu finden. Sie soll aber auch die Taskforce „Schrottimmobilien“ dabei unterstützen, Problemfälle zu finden. Bewohner\*innen sollen dann vor der Räumung neue Wohnungen vermittelt werden. Die Beratungsstelle soll auch Ansprechpartner für Vermieter\*innen sein.
- Vermieter\*innen von Schrottimmobilien konsequent belangen.
- eine Räumung von Schrottimmobilien in Zukunft nur dann ermöglichen, wenn ausreichend Ersatzwohnraum für die Bewohner\*innen zur Verfügung gestellt wurde. Die geräumten Immobilien sollen

instand gesetzt oder durch neue Häuser ersetzt werden. Die geräumten Bewohner\*innen sollen ein Recht auf Rückkehr bekommen.

